

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgnbe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Herrnträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 29.

Mittwoch den 10. Februar.

1892.

*** Aus der Volksschulgesetz- Commission.

Schon die erste Sitzung der Commission des Abg.-Hauses für das Volksschulgesetz hat den Beweis geliefert, daß Centrum und Konservative trotz aller sonstigen Gemeinsamkeit der Auffassung auf dem Gebiete des Volksschulwesens verschiedene Ziele anstreben. Zu § 1 der Vorlage, der die Aufgabe der öffentlichen Volksschule bezeichnet, hatte der Abg. Ritter den Antrag gestellt, der landrechtlichen Auffassung, daß die Volksschule eine Veranstaltung des Staates ist, und daß dieselbe unter der Aufsicht des Staates steht, vorab Ausdruck zu geben; da, wie er motivierend bemerkte, er fürchte, daß Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen würden, welche mit dieser Auffassung im Widerspruch ständen. Der Cultusminister hielt eine solche Bestimmung für selbstverständlich. Die Konservativen hatten gegen den Antrag nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß hier unter Volksschule die öffentliche Volksschule zu verstehen ist. Auch die Freikonservativen und Nationalliberalen traten dem Antrage bei. Die Mitglieder des Centrums aber erklärten denselben für unannehmbar, weil, wie Abg. Emmeccerus meinte, sie in der Volksschule eine Veranstaltung der Kirche sehen möchten. Abg. Vorch meinte sogar, die Aufnahme dieser landrechtlichen Auffassung in das Gesetz widerspreche der Verfassung. Freiherr v. Huene bedauerte wiederholt, daß die Konservativen in diesem Punkte das Centrum im Stich ließen; worauf, wie es schien, der Konservative Parteil des Centrums das Jagetändnis machte, die Konservativen behielten sich für die 2. Lesung des Gesetzes ihre Abstimmung über den Antrag Ritter vor und würden dann gegen denselben stimmen, wenn sich inzwischen herausstellte, daß aus demselben weitgehende Consequenzen gezogen würden. Nach 5 1/2 stündiger Debatte wurde § 1 der Vorlage in folgender Fassung angenommen: „Die öffentliche Volksschule ist eine Veranstaltung des Staates und steht unter seiner Aufsicht. Die Aufgabe der Volksschule ist die religiöse, städtische und vaterländische Erziehung der Jugend“ u. s. w. (wie in der Vorlage.) Mit Nein stimmen Centrum und Polen. — Von großer, im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen über das Volksschulgesetz geradezu kritischen Bedeutung waren die Erörterungen über den zweiten von dem Abg. Sobrecht angeregten, von dem Abg. Ritter, Birchow, den Nationalliberalen Frieberg, Emmeccerus, Grimm, Seyffarth, den Freikonservativen v. Jellis, Wessel unterstützten Vorschlag, von einem allgemeinen Unterrichtsgesetz abzusehen und das Gesetz auf die Regelung der Schulunterhaltungspflicht und die äußeren Verhältnisse der Lehrer zu beschränken. Abg. v. Jellis wies auch darauf hin, daß das Abg.-Haus wiederholt die Vorlegung eines Dotationsgesetzes gefordert und daß, wie erinnerlich, Minister von Gopfert dem Hause schon einmal das Aetenbest, welches diese Vorlage enthält, von Weitem gezeigt habe. Der Cultusminister mußte zwar zugeben, daß die Regelung der Dotationsfrage allein lediglich möglich sei, aber das sei nicht richtig. Die Dotationsfrage im Anschluß an das Communalprinzip präjudizire der confessionellen Schule. Der Minister gebührte sich, als könne er nicht länger die Verantwortlichkeit tragen für einen Zustand, wo das „weisse Ermenen des Ministers“ allein entscheidend sei; in einem „Rechtsstaat“ (sic!) müsse dem sodab als möglich ein Ende gemacht werden. Abg. Ritter antwortete darauf mit der Frage, ob nach dem Zustandekommen des Gesetzes das „weisse Ermenen“ des Ministers bezüglich der inneren Einrichtung der Schule eben so maßgebend sein würde, wie bisher? Ferner fragte er, und damit traf er offenbar einen für den Minister sehr empfindlichen Punkt, ob der Minister nach der Annahme des Gesetzes nicht dazu schreiben könne oder würde, die Bestimmungen der hiesigen Regulative zu beseitigen und die Etichl'schen wieder herzustellen? Auf die erste Frage erwiderte der Minister nur, daß

einem Defizit von ca. 1 1/2 Million Reichsmark ab. Zur Beseitigung desselben sollen u. a. die Kosten für das Beamtenpersonal in der Civilverwaltung nach drei Monaten um 10 Prozent verringert werden. Unter den neuen Steuern befindet sich eine Steuer auf ausländischen, inländischen und Colonial-Zucker, ferner eine einprozentige Steuer auf Zahlungen, seitens der öffentlichen Kassen, ausgenommen auf Zahlungen an ausländische Gläubiger. Die letztere Steuer soll sich jedoch nicht auf Zinsen der auswärtigen Schuld erstrecken.

Zur Regelung der portugiesischen Finanzen hat, wie verschiedene Blätter melden, zwischen der deutschen und der portugiesischen Regierung in letzter Zeit zur Wahrung der deutschen Finanz- und Handelsinteressen ein reger Schriftwechsel stattgefunden. Die portugiesische Regierung wird einer hohen Finanzbeamten in außerordentlicher Mission nach Berlin senden.

Zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika hat nach einem Telegramm aus Washington Staatssekretär Blaine in einem Schreiben an den Präsidenten des republikanischen Nationalcomitees die Erklärung gerichtet, daß er um die Präsidentschaft nicht kandidire.

In Argentinien sind nach einem Telegramm aus Buenos-Ayres die Wahlen zum Congresse zu Gunsten der Partei ausgefallen, welche eine Vermittelung zwischen den Generalen Mitre und Rosca wünscht. Bei den Wahlen fanden mehrfach Ausschreitungen statt, wobei mehrere Personen getödtet oder verwundet wurden.

Politische Uebersicht.

Eine Programmrede hat am Sonntag der ungarische Ministerpräsident Graf Szapary in Temesvar, wo er bei den letzten Reichstagswahlen gewählt worden ist, gehalten. Der Ministerpräsident betonte, die liberale Partei werde unabänderlich den Ausgleich von 1867 verteidigen. Als wichtigste Aufgabe für die nächste Zukunft bezeichnete der Minister Maßnahmen zur Verhinderung der Mißbräuche der Pressefreiheit. Ferner erklärte er, spätestens im Herbst 1892 in dem Reichstagsgesetzentwurf über die Verwaltungsreform einbringen zu wollen. Als wichtigste Aufgabe des Finanzministers bezeichnete Szapary die Valutaregelung, zu deren Durchführung die Vorarbeiten fertig und für deren erfolgreiche Verrichtung die Fachbildung und Arbeitskraft des Finanzministers Garantie böten. (Strengher Vorkauf.) Am Abend fand Fackelzug statt, die Stadt war illuminiert, eine tausendköpfige Menschenmenge bereite dem Ministerpräsidenten begeisterte Ovationen. — Nach einer Wiener „Herold“-Mitteilung soll der frühere Kabinettschef Coloman Tisza unter bestimmten Bedingungen nicht abgeneigt sein, die Stellung eines Präsidenten des ungarischen Unterhauses zu übernehmen.

Zum russischen Ministerwechsel meldet ein Telegramm, daß, nachdem Fürst Merikinskii die Uebernahme des Verkehrsministeriums abgelehnt hat, zunächst die Generale Rosenbach und Sobottki in Betracht kommen dürften. — In dem russischen Grenzort Dombrowa an der Warschau-Wiener Eisenbahn wurden am Montag sechs Personen verhaftet, bei denen sich sozialistische und revolutionäre Schriften fanden. Die Verhafteten wurden gefesselt nach der Gouvernementsstadt Petrikow transportirt.

Zur belgischen Verfassungsrevision wird aus Brüssel gemeldet, daß dasselbe in verschiedenen Versammlungen der Radikalen und Sozialisten ein Zusammengehen beider Parteien in der Revisionsfrage beschlossen worden ist. In einem am Sonntag in Brüssel von den Sozialisten und Radikalen gemeinsam veranstalteten Meeting vertheidigten alle Redner das allgemeine Wahlrecht und forderten die Nation auf, für dasselbe einzustehen.

Das spanische Budget, welches am Sonnabend den Cortes vorgelegt worden ist, schließt mit

Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Der Kaiser arbeitete gestern Vormittag mit dem Chef des Civilcabinetts, hörte den Marine-Vortrag, empfing den Altbauer Schott, welcher das Modell der Kreuzer-Corvette „Kaiserin Augusta“ vorzeigte, und ertheilte dem Grafen Santa Rosa, Schweserlehn des Grafen de Vannay, Audienz. — Die Kaiserin ertheilte am Sonnabend dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrathes Dr. Barthhausen und dem Grafen Zieten-Schwerin Audienz. — Die Kaiserin Friedrich besuchte am Sonntag das Atelier des Bildhauers Prof. Vegas, um den Sarkophag Kaiser Friedrichs zu besichtigen, welcher nach seiner Fertigstellung nunmehr nach Potsdam überführt werden soll. Gestern Mittag hatten der frühere und der neu ernannte hameische Gesandte Audienz. — Prinz Friedrich Leopold hütet noch das Zimmer. — Am Sonntag fand die Familienfeier bei der Prinzessin Friedrich Karl statt. An derselben nahmen auch der Kaiser, die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Heinrich und der Erbprinzherzog von Baden, im Ganzen 15 Personen, theil.

— Aus der Schrift von Professor Felix Dahn gegen den Volksschulgesetzentwurf haben wir folgende Stellen hervor: „Vertheilung wir uns; aber so nachdrucksam, wie Anno 70 die Deutschen im Wege der Vertheidigung von Weasel über Sidan und Paris an den Kanal gelangt sind; dann wird sich zeigen — nicht wir wollen dahin bringen! — ob die deutsche Bildung heute noch auf dem alten Testament, dem athenianischen Glaubensbekenntnis, Luther's Taufelsglauben, Galins Gnadenauswahl und Vorbestimmung, dem Tridentinischen Konzil, dem Syllabus und den beiden jüngsten Dogmen beruhet, oder auf Lessing, Kant, Schiller, Goethe und Darwin (ja wohl, auch auf Darwin!). Aber lange bevor dieser Streit zu Ende wäre, würde der Sozialdemokrat jedes Ministerium, jede Kirche und alle Wissenschaft in den Rath äußerster Barbarei getreten haben. Darum wollen wir drüben und haben lieber die Schwerer in den Scheiden lassen: wir „Aberalern“ haben nicht nicht an das Heft gegriffen. Man würde uns nicht — den „Königsfrieden“ Friedrichs des Großen!“ — Dahn erlebt auch Einspruch gegen das heute wieder

landläufige Gerede von dem christlichen Staat. „Der Staat ist weder katholisch, noch protestantisch, noch christlich, noch überhaupt religiös; ist der Staat Preußen genaug oder geirmt oder confirmiert oder geht er zum heiligen Abendmahls? Der Staat ist eine juristische Person: eine solche kann so wenig christlich sein als himmelblau oder schwebig oder kontrapunktisch; er verhält sich zur Religion nicht anders als zur Kunst oder Wissenschaft: nämlich einerseits schwebend, andererseits abweichend und richtend: und welches Unheil der „christliche Staat“, d. h. die liebliche Vermengung von Staat und Kirche, angerichtet hat seit Sankt Augustin und Karl dem Großen, — das beleuchtet zahlreiche Schreierhaufen; jene Vermengung ist begriffswidrig.“ In Bezug auf den Einfluss der Kirche für die Bekämpfung der Sozialdemokratie führt die Schrift aus, ein Pastor in Schleswig habe dem Kaiser auf die Frage, was man gegen die Sozialdemokratie thun solle, geantwortet: Kirchen bauen und Pastoren anstellen. Dazu bemerkt Dahn: Das ist, wie wenn man die Wölfe durch den Sonntagnachmittag „Gottesdienst“ zu einem sanfteren Lebenswandel und zur Pflanzenerziehung wollte. Die Wölfe gehen nicht in die Kirche und den Pastor werden sie lieber aufessen als anhören. Es fehlt ihnen nicht nur der Glaube, — sie hören gar die Botschaft nicht mehr an. Auch ist leider nicht im allergeringsten zu hoffen, daß die Kinder sozialdemokratischer Eltern durch den Religionsunterricht gegen die Anstechung geschützt werden: die unablässige Einwirkung der Eltern, der älteren Geschwister, der Spielkameraden (leider! Arbeit) genossen ist unvergleichlich stärker als die paar Stunden Religionsunterricht. Ubrigens steht das alte Christentum selbst auf kommunistischem Boden; unter den ersten Schriften befand Gütergemeinschaft; die gerichtliche Verfolgung von Vermögenssündern war als sündhaft verboten, und noch der heilige Ambrosius lehrt, erst durch ungerechte Aneignung sei das Sondereigentum entstanden.

— Mit einer gewichtigen Kundgebung gegen die Volksschulgesetzentwürfe ist nunmehr auch die Universität zu Halle hervorgetreten. Sie besteht in einer Petition gegen das Gesetz an das Abgeordnetenhaus, und diese Petition hat die stautliche Anzahl von 102 Unterschriften gefunden. Mit Ausnahme je eines Mitgliedes der theologischen und juristischen Facultät haben sämtliche ordentlichen Professoren die Petition unterzeichnet. Von den übrigen deutschen Universitäten sind entsprechende Petitionen geplant. Von größeren deutschen Städten liegen bereits eine ganze Anzahl Kundgebungen gegen das neue Volksschulgesetz vor.

— (An Bromberg) hat am Sonntag eine aus Konservativen und Liberalen bestehende Versammlung unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters Braacke, des Herrenhausmitgliedes, mit allen gegen 5 Stimmen eine Petition gegen das Volksschulgesetz beschlossen.

— Die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber dem Volksschulgesetzentwurf wird in der „Kölnischen Ztg.“ treffend wie folgt gekennzeichnet: „Ihre Blätter haben für die Bewegung des Widerstandes, die durch das liberale Bürgerthum geht, nichts als Hohn und Spott; mit einer wahren Fluth großer Beschimpfungen und Verdächtigungen wird die nationalliberale ebenso wie die deutschfreisinnige Partei in der sozialdemokratischen Presse behandelt, weil sie den reaktionären Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule entgegengetreten. Woher diese eigenenthümliche Haltung? Sozialdemokratische Blätter sprechen es unverhohlen aus, daß ein solches Schulgesetz nur ihrer Partei Vortheil bringen würde. Je mehr sich die Volkserziehung in Widerspruch mit dem Geiste der Zeit und den Anschauungen des lebenden Geschlechts setzt, um so mehr werden gerade die zerstörenden und vernichtenden Elemente Nahrung daraus ziehen. Das ist die Rechnung der Sozialdemokraten, und sie ist keineswegs ohne Berechtigung. Wenn konservative und liberale Blätter von einem verneinten Ansturm des Liberalismus und der Sozialdemokratie gegen das Volksschulgesetz reden, so ist dies eine vollkommene Entstellung. Die Sozialdemokraten fallen vielmehr auch hier wieder dem Liberalismus in den Rücken und leisten thatsächlich der Reaction Vorhieb, wie sie es noch immer und überall gethan haben.“

— Ueber die Soldatenmishandlungen in Sachsen und den diesbezüglichen Erlaß des Prinzen Georg hat ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ in Dresden eine Unterredung mit dem sächsischen Kriegsminister gehabt. Demnach soll der Kriegsminister geäußert haben, das Bekanntwerden der Mishandlungen sei nicht so schlimm, da Sachsen jährlich 12 000 Rekruten einzugeworben habe und daß dazu 1200 Instrukteure nöthig seien. Die Unterredung ist, wie dies gewöhnlich der Fall zu sein pflegt, sachlich bedeutungslos verlaufen. Der Kriegsminister theilt mit, daß im Bundesrath von anderer Seite eine Anregung zur Einführung

der Deffentlichkeit im Militärstrafprozeß gegeben worden sei und daß Personen, welche sich der Mishandlung ihrer Untergebenen schuldig gemacht haben, nur in den seltensten Fällen einen Civilverfolgungsschein erhalten.

— (Colonialpolitik.) In Kamerun ist nach einer Berliner Meldung der Münchener „Allg. Ztg.“ Ober Namfay eingetroffen und hat mit dem Groß der Grauenruth'schen Expedition den Marsch nach Balinge und Jaunde angetreten. An der Westküste ist Keutanan v. Brauchitsch mit Neuamwerbungen zur Verärztung beauftragt; er wird der Expedition baldigt nachfolgen. — Kurt Töppen ist von dem geschäftsführenden Ausschuss der Antislavereiloterie als Mitglied der Borchert'schen Expedition wegen seines anstößigen Benehmens entlassen worden.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. Februar.) Am Reichstag wurde heute die Erörterung über die sozialpolitische Versicherungsgegebung fortgesetzt. Zur Unfallversicherungsgegebung war von Seiten der Konkrete, der Nationalliberalen und des Centrums ein allgemein gehaltener Compromißantrag auf baldige Verlesung einer Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz eingebracht worden, der alleseitig Billigung fand. Zur Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung stellten sich die Abg. Hise (Str.), v. Beldorf (sonst) und Möller (natl.) ganz auf den Boden der bestehenden Gegebung, ohne aber deren dringende Reformbedürftigkeit erkennen zu können. Staatssekretär v. Bötticher gab sich redliche Mühe, die Ergebnisse dieses Gesetzes im ersten Jahre als möglichst glänzende darzustellen, indem er anführte, daß einer Verlesung der Versicherungsanstalten mit 76 1/2 Millionen eine Entnahme von 88 1/2 Millionen Mt. gegenüberstehe. Aus der Zustimmung der meisten Alteren, die in der Uebergangszeit ohne Beitragszahlung bereits Altersrenten erhalten haben, folgerte der Staatssekretär mit weitgem. logischem Optimismus, daß nun bereits jetzt mit dem Gesetz sich zufrieden fähle. Dieser Anweisung trat jedoch der freisinnige Abg. Dr. Nisch sehr lebhaft entgegen und stellte fest, daß die allgemeine Unzufriedenheit über das Gesetz herrsche, weil der erheblichen Belastung derselben nur eine ungenügende Gegenleistung werde, nachdem noch gegen Schluß der Sitzung der Weitzhauertrag in dritter Lesung angenommen war, auf Dienstag verlag.

— In parlamentarischen Kreisen verbreitet sich die Kunde, Kurfürst Bismarck werde im Laufe der Session doch noch nach Berlin kommen, um im Herrenhause seine Ansichten über das Volksschulgesetz zum Ausdruck zu bringen.

— Die Commission für das Heimstätten-gesetz wird voraussichtlich schon in ihrer 2. Sitzung ihre Arbeiten durch Annahme einer Resolution beendigen, welche den Reichskanzler ersucht, Erhebungen über den Muthmaßung des bäuerlichen Vorbesitzes und über die Verhältnisse mit der Beschäftigung der Arbeiter zu veranlassen und eventuell dem Reichstage weitere Vorschläge zu machen. Von freisinniger Seite wird beantragt, die Erhebungen auf die Vernehmung der Fideicommissare auszuweiten.

— Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat sich in voriger Woche in zwei Sitzungen mit der Wahl des Abg. v. Colmar-Menenburg beschäftigt, von welcher im Wahlprotokoll eine große Menge von erheblichen Unregelmäßigkeiten behauptet worden war. Der Reichstag hatte die Untersuchung der größeren Zahl der vorgebrachten Beschwerden beschlossen. Die Untersuchung hat ergeben, daß konservative Stimmzettel unter Leitung eines Kreissekretärs zur Verlesung gelangt sind, daß unter wichtigen Vorwänden Wählerveranstaltungen des verleiht, theils aufgelöst sind, daß mehrfach die Vertheilung von Stimmzetteln durch Polizeibeamte erfolgt ist, daß Vertheiler von Stimmzetteln und Flugblättern gemishandelt, ihrer Stimmzettel und Flugblätter beraubt sind, daß in einzelnen Wahlbezirken das Wahlergebnis durch den Wahlvorstand gröblich verlest worden ist — kurz, daß der Protest sich in vielen wesentlichen Punkten als wahr erwiesen hat. In diesem speziellen Falle konnte aber trotzdem die Commission nicht zu der Unbilligkeitserklärung der Wahl kommen, weil die konservative-Mehrheit Majorität die ungesetzliche Verweigerung oder Auflösung von Versammlungen als unerheblich für die Wahl selbst ansah, ebenso die Mishandlung der Zettelvertheiler und Confiscation von deren Stimmzetteln, ebenso die Agitation uniformirter Polizeibeamte u. s. w. Schließlich fand sich mithin nach eine Majorität dafür, wenigstens noch speziellere Ermittlungen über die Vertheilung der Stimmzettel aus den Landratsämtern vorzunehmen und einwinkeln die Wahl von Neuem zu beanstanden. Demnach bleibt die Möglichkeit, daß in diesem Falle sich die Wahlprüfung nicht auf 3 Jahre, sondern zur Abschließung einmal über die Dauer einer fünfjährigen Legislaturperiode hinaus erstreckt.

Volkswirtschaftliches.

— (Der „Nat.-Ztg.“ zufolge sind die Untersuchungen über das „Murphy-Brot“ (Mischbrot von Roggen und Mais) noch nicht abgeschlossen, lassen aber schon

jetzt erkennen, daß die Resultate günstige sein werden. Es hat vielfacher Versuche bedurft, um Berliner Bäcker mit der Behandlung des Mais und der besten Art der Mischung bekannt zu machen; aber der Erfolg ist nicht ausgeblieben. In einer Anzahl von Berliner Bäckereien wird das „Murphybrot“ nun gebacken und verkauft, fast ausschließlich bis jetzt im Südosten und Süden der Stadt, in den Arbeitervierteln, in denen der größte Werth auf billiges Brot gelegt wird. Große rothe Plakate in den Schaufenstern kündigen hier an: „Murphy-Brot, circa 10 Pfund für 60 Pfennig.“ Bisher kostete ein Roggenbrot von circa 7 1/2 Pfund 50 Pf. Fünf Pfund würden somit auf 5 Bld. 15 Pf. oder 20 Bld. betragen. In Hamburg hat sich bereits ein amerikanisches Haus niedergelassen, welches sich ausschließlich mit der Einfuhr von Mais befassen will. Diesem, welche das gewünschte Brot kaufen, sind damit zuzufrieden und erklären es für schmachthaft.

(Die Ermittlungen über die Arbeiterverhältnisse in der Provinz Preußen haben nach der „Nat.-Ztg.“ ergeben, daß beispielsweise in dem Regierungsbezirk Gumbinnen die ländliche Bevölkerung in der letzten Zeit noch mehr zurückgegangen ist: die Abnahme beträgt etwa 6000—7000 gegen 3000 im Jahre 1890. Ziemlich allgemein ist die Klage, daß die jungen Arbeiter im Frühjahr, wenn die schweren Arbeiten in der Landwirtschaft beginnen, vielfach contractbrüchig werden und auswandern. Volkswirthliche Maßnahmen hiergegen haben sich meist als unwirksam erwiesen. Insofern ist der Höhepunkt dieser Arbeiterarmuth als überförmlich anzusehen. Als Mittel zur Hebung des Arbeitermangels werden nun empfohlen: Gewährung angemessener fester Löhne, gute Behandlung, Einrichtung zweckmäßiger Wohnungen, Gewährung eines guten Haugartens, Sorge für einfache geistliche Vergnügungen. Von der Errichtung von Rentengütern erwartet man in landwirthschaftlichen Kreisen nicht die Zurückführung der Arbeiter und auch keine Besserung der Arbeiterverhältnisse überhaupt.

Provinz und Umgegend.

g. Halle, 7. Febr. In dem schon erwähnten großen Prozesse, den die Erben der Grafen von Mansfeld, die befanntlich eines der ältesten Grafengeschlechter sind und hunderte von Jahren residirt, (Graf Gellert in Prag, Fürst Sinda in Wien u.) wider den preussischen Staat, auf Rechnungslegung des säcularisirten Vermögens angestellt haben, fand gestern vor der vierten Civilkammer hiesigen Landgerichts (Gerichtshof; Landgerichtsräte Harte, Bortigener, Mullen, Weimann, Weißner) der vierte Termin statt. Der Hiesus wiederholte seine formellen Einwendungen, indem er die Legitimation der Kläger bestritt. Die Vorlegung von Regierungsakten aus dem Jahre 1781, 1792, sowie alter Mansfelder Akten war bereits schon früher angeordnet worden, doch mußte nach etwa einmündiger Verhandlung, die sich nur auf die formellen Einwendungen zu beschränken hatte, behufs anderweiter Ermittlung von Akten, ein neuer Termin auf den 21. Mai c. anberaumt werden. In bezug bis zu diesem Termine soll eine Urkunde vom 24. Decbr. 1792, die sich entwerfen im Geh. Staatsarchiv zu Berlin oder im Archiv des Obertribunals zu Berlin, befindet, vorgelegt werden, woraus die Legitimation der Kläger u. A. hervorgehen soll, indem an diesem Tage der preussische Staat an die Gräfin Isabella von Mansfeld, in Anerkennung als einzige Universalerbin, 100 000 Thlr. aus dem großen Vermögen der Grafen von Mansfeld gezahlt hat. Von einer Verjährung des Prozesses kann nicht die Rede sein, da einer auf Rechnungslegung bestanden ist. Interessant ist, wie aus den Akten hervorgeht, zu hören, daß ein preussischer Minister ganz kühl geäußert hat, „wir (der Staat) haben und erhalten unsere Abrechnung von der Oberrechnungskammer und ein anderer braucht keine.“ Mit welchen Mitteln der preussische Staat in Prozessen, die ihm unlieb sind, kämpft, geht wieder einmal zur Genüge deutlich hervor, indem er durch seinen Vertreter, Herrn Rechtsanwalt von Köller, in Firma Schlegelmann & Keil, überhaupt befreit, daß eine Urkunde, die vor länger als 100 Jahren, von dem regierenden Könige selbst sanctionirt, also außergerichtlich geschlossen, gültig sei. Er ging sogar soweit, zu behaupten, daß die Unterchrift nicht vom Könige herrühre. Diese letzten Einwendungen wies jedoch der Gerichtshof zurück.

+ Das allgemeine Tagesgespräch bildet in Reichensbach gegenwärtig ein dieser Tage aus dortigem Bahnhöf vorgekommener Diebstahl. Ein mit etwa 3500 M. gefüllter Beutel, der zur Beförderung mit dem kurz nach 5 Uhr abgehenden Personenzuge einem Schaffner übergeben wurde, ist entwendet worden, ohne daß man irgend eine Spur des Diebes bisher hat auffinden können. Der Schaffner hat den Beutel zur Seite gestellt, um ihn dann dem Postwagen zu übermitteln. Diesen Augenblick hat der Dieb benutzt und mit einem rühnen Griff das Verhohelicht entwendet.

Anzeigen.

Für diesen April übernahm die Redaktion den
 Pabstium gegenüber seine Verantwortung.

Codes-Anzeige.

Heute Morgen starb unsere liebe Tante, die
 verw. Frau Schühmacherin, **Christiane
 Diebel** geb. **Beine**, im 87. Lebensjahre.
 Um stille Begräbnisse bitten im Namen der
 Hinterbliebenen

L. Lehmann und Frau
 geb. **Hirshfeld**,
 Merseburg, den 9. Februar 1892.

Amthliches.

Zu Gemäßheit des § 1 der Verordnung der
 Königl. Regierung vom 28. März 1892
 (Amtsblatt d. 1892, Seite 121) lege ich hier-
 mit den Termin, bis zu welchem die **Obh-
 äume von Klagen und Klauenneuern**
 gerechnet sein müssen, auf den

1. April d. J. fest.

Wer es unterläßt, bis dahin seine Obh-
 äume vorchriftsmäßig zu reinigen, wird mit
Geldbuße bis zu 20 Mark bestraft.
 Die Ortsbehörden haben Vorwissenbes auf
 geeignete Weise zur Kenntnis der Einwohner
 zu bringen, nach Ablauf der festgesetzten Frist
 das Reinigen auf Kosten der Säumnigen vor-
 nehmen zu lassen und mir gleichzeitig Anzeige
 zur Verbeurteilung der Verletzung zu machen.
 Merseburg, den 2. Februar 1892.
Der Königl. Landrat,
W. B. B.

Warenmarktpreise

| für den Monat Januar 1892. | |
|----------------------------|----------------------------|
| Weizen, p. 100 kg | 22.75 Pf., pro 100 kg 6.25 |
| Roggen, do. | 23.20 Pf., (von der |
| Gerste, do. | 19.87 Pf., (von der |
| Hafer, do. | 16.94 Pf., (von der |
| Erbsen, gelbe, do. | 22.50 Pf., (von der |
| Bohnen, do. | 19.00 Pf., (von der |
| Klee, do. | 30.00 Pf., (von der |
| Stroh, do. | 7.50 Pf., (von der) |
| Rindfleisch, do. | 4.33 Pf., (von der) |
| Hammelfleisch, do. | 3.03 Pf., (von der) |

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß
 sämtliche zur hiesigen Steuer-Kasse falligen
Steuern, sowie auch das Einkommen pro
 Januar, Februar und März bis zum **25.
 Februar** er. gezahlt werden müssen.
 Nach Ablauf dieser Frist wird sofort mit
 der **Kostenpflichtigen** executionellen Verfolgung
 derselben begonnen werden.
 Merseburg, den 6. Februar 1892.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Haus- und Scheunenbesitzer der hiesigen
 Stadt werden hierdurch aufgefordert, die **Zu-
 mobilien-Verkehrsbeiträge** pro 11. Se-
 mester 1891 nach Act Heftel vom Beitrags-
 verhältnis **innen 8 Tagen** an die unter-
 zeichnete Kasse zu entrichten.
 Ferner sind innerhalb dieser Frist die
Mobilien-Verkehrsbeiträge pro 1.
 Semester d. J. ebenfalls nach Act Heftel vom
 Beitragsverhältnis an dieselbe zu zahlen.
 Nach Ablauf dieser Frist wird sofort mit
 der **Kostenpflichtigen** Verfolgung der an
 Beiträgen begonnen werden.
 Merseburg, den 6. Februar 1892.
Stadtsteuer-Kasse.

Ein Läuferjehwe

zu verkaufen **Schmalstraße 17.**
Bäckerei-Verkauf.
 Eine Bäckerei an guter Lage ist sofort zu
 verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt
G. Höfer, Hofmarkt 8.

Vorzügl. gute Speisefartoffeln

Lieferer centnerweise frei Haus.
Ed. Klauss.

Haus-Verkauf.

Ein massives Hausgrundstück ist wegen Weg-
 zug des Besitzers unter günstigen Bedingungen
 bei geringer Anzahlung sofort zu verkaufen
 durch **G. Höfer** in Merseburg, **Hof-
 markt 8.**

2 Landgasthöfe

sind veränderungshalber zu verkaufen durch
G. Höfer in Merseburg.

6 Stück eichene Posten,

hart 8 u. 11 cm, breit 35 u. 40 cm, lang 1
 u. 80 cm u. 3 m, verkauft
Nicolai, Fischerstraße 10 I.

Achtung Müller!!

12 Stück gute Viten, 1 gr. Kron-
 hammer, 2 Schiffschellen verkauft billig
Nicolai, Merseburg, Fischerstraße 10 I.

Weichenfischer Straße Nr. 2

ist eine große Wohnung mit Stallung zu 2
 Pferden zu vermieten und 1. April 1892 zu
 beziehen.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur Uhrmacher **Paul Weide'schen** Concursmasse von hier gehörige
 Waarenlager, als:

**gold. und silb. Herren- und Damen-Uhren,
 Stuhluhren, Regulatoure, Wecker und Wanduhren,
 sowie alle Arten Ketten, Gold- und Silber-
 schmuckwaaren, Alfenide-Gegenstände,**

soll in dem bisherigen Geschäftsfloak **kleine Ritterstrasse Nr. 17**
von Dienstag den 9. Februar d. J. an
 zu herabgesetzten Preisen anverkauft werden.
 Geöffnet werktäglich 9-12 Uhr vorm. und 3-5 Uhr nachm.

Der Verwalter Kunth.

Ein Paar Läuferjehwe

stehen zum Verkauf **Oberburgstraße 8.**

Eine große Familien-Wohnung, 2 große
 Stuben, 2 große Schlafkammern, 1 Küche und
 Verstellb. ist im Ganzen (für 65 Thlr.) oder
 getrennt zu vermieten und 1. April zu be-
 ziehen. Zu erfragen **Saalstraße 13.**

Ein Logis von ruhigen Leuten sofort oder
 1. April zu beziehen **Johannisstraße 3, 1 Tr.**

Eine größere Wohnung, 2 Z., Schlafstube,
 Kammer, Küche mit Wasserleit., verschließb.
 Entrée u. Hofhof, zu vermieten u. 1. April
 1892 zu beziehen **Wismarstraße 1.**

Schöne Wohnung, bestehend aus Stube, 2
 Kammern, Küche, großen verschließbarem Vor-
 saal und Wasserleitung, u. foglich oder später
 zu vermieten. Preis 45 Thlr.

Entenplan 2.

Zwei Logis sind zu vermieten und 1. April
 zu beziehen **2. Ritterstraße 16.**

Ein größeres Logis v. 1. April zu ver-
 mieten **Gotthardstraße 21.**

Ein möbliertes Zimmer nebst Schlafstube
 ist von jetzt ab zu vermieten und 1. März zu
 beziehen **Rariststraße 19 I.**

Ein gut möbliertes Zimmer mit Schlaf-
 stube ist zu vermieten.

G. B. Malpricht, Grünstr. 5.

Freundliche Schlafstelle offen und so-
 gleich zu beziehen **Dammstraße 2, Vorderhaus.**

2 Schlafstellen mit Kost
 offen **Johannisstraße 1.**

Von August oder September
 a. c. ab wird am Markt oder
 dessen Nähe ein hübscher geräumiger
Laden zu mieten gesucht.

Gef. Offerten beliebe man in der
 Exped. d. Bl. sub A. B. 600
 abzugeben.

2 Damenmasken
 zu verkaufen **Rosenhof 2.**

Für Kapitalisten!

Auf ein Baugut werden zur 1. d. Stelle
30 000 Mk. per 1. April er. zu leihen ge-
 sucht durch **G. Höfer, Merseburg.**

Kostenfrei

werden Kapitalisten gute und sichere **Hypo-
 theken** nachgewiesen durch **Carl Lind-
 heisch, Merseburg, Burgstraße 13.**

12000 Mk.

werden zum 1. April auf sichere Hypothek zu
 leihen gesucht. Offerten unter Chiffre **N. N.**
 an die Exped. d. Bl.

13000 Mark

werden zum 1. April oder später auf erste
 Grundhuthypothek gesucht. Nähere Auskunft
 ertheilt die Exped. d. Bl.

Plannen- und Spritzluchen,

täglich frisch, empfiehlt
Hofmarkt 9. Franz Vogel.

Rudolf Mosse,

Louis Heise,

HALLE a. S.

Brüderstraße 6 (dicht am Markt),
 von 7-9 Uhr geöffnet.

besorgt pünktlich und zu den Original-
 Preisen der Zeitungen, ohne Spesen,
Inserate jeder Gattung.

3 B. Geschäftsanzeigen, Nachr., Heiraths-,
 Stellengebote, Guts- und Geschäftskun-
 und Verträge etc.

an alle Zeitungen
 des In- und Auslandes.

Bestelle werden für jede Einrückung
 geteilt und bei größeren Blättern **Abat**
 gewährt. Kosten-Voranschläge und Kataloge
 gratis.

Herrnpreiser 151. Berlin.
Halle, Leipzig, Berlin.

Germer Kleiderstoffe.

Empfehle zur **Confirmation** **Cashe-
 mires**, schwarz und farb. in allen Breiten,
Beige, platt und gemustert, sowie **Jaquet**
 und **Mantelstoffe** zu bekannt billigen Preisen.
Bertha Naumann,
Globigauer Straße 2, 1. Etage.

Kein Husten

mehr bei Gebrauch der
**echten Lutschentier-
 Caramellen.**
 Anerkannt bestes Mittel. Erfolg sicher!
 In Packeten a 30 und 50 Pf. Nur
 allein Adt bei

W. H. Mieslich,
 Hofmarkt Nr. 3, Neumarkt Nr. 74,
Jul. Trommer, Unterlantenburg.

Gutes hausbadenes Brot

empfehle **Otto Maul, Bäckerstr.,
 Brühl Nr. 1.**

**Pa. Vögtendorfer
 Presskohlensteine**

empfehle zu billigen Preisen
Aug. Peuschel, Leichstraße.

Getragene Stoffe

und Kleidungsstücke aller Art färbt in
 den modernsten neu erdten Farben
Max W. r. i. s. Dampfärberei.
 Specialität: Reinigen und Färben von
 Herrengarderobe, Mänteln und dgl.

Ein großes Glück

mer bei Krankheiten statt Medizin das
 Naturheilverfahren angewendet. Tausende
 von Menschen ausgegebene Kranke wurden
 dadurch noch gerettet. — Das beste Buch
 dieser segensreichen Heilmethode ist
Das neue Heilverfahren
 von **Bilz**.

1250 Seiten hart, mit 334 Abbildungen.
 Preis geheftet **Mk. 5.-**, in Proschdruck
 gebunden **Mk. 6.50.**

„120 000 Exemplare“

wurden in 3 Jahren abgesetzt. Dies
 ist der beste Beweis, welche Fortschritt
 die Naturheilkunde eventuell die Wasser-
 kur jetzt schon gemacht hat. Zu beziehen
 durch jede Buchhandlung des In- und
 Auslandes wie durch die Verlagsband-
 lung

J. C. Bilz, Dresden-Neudeuf.

Diese Heilmethode bricht sich jetzt unter
 allen Ständen Bahn, besonders auch
 unter den Aerzten.

Prospect gratis et franco.

Nötner Dombau-Votterie.

Ziehung am 18. Februar er.
 Gewinne 75 000, 30 000, 15 000 Mk. etc.
 Loose à 3 Mk. empfiehlt
Louis Zehender, Burgstr. 20.

Preßkohlensteine

feinere jedes Quantum in bester trockener Brauer
 von **Grube Dreierhaus** prompt und billigst
G. Peuschel,
Reuschauer Straße 6.

Eduard Hofer

in Merseburg,
Hôtel zum Palmbaum.
Niederlage
 der Weingroßhandlung von **Jo-
 hannes Grün**, Hoflieferant, in Halle
 a. Saale und Winkel i. Meiningen.

Verkauft sämtliche in- und aus-
 ländische Weine in Gebinden und
 Flaschen zu den Originalpreisen.

**Militär-
 Reclamations-Formulare**

sind zu haben in der Buchdruckerei von
Th. Rössner.

Germanische Fischhandlung.

Lebensfrischen
 Schellfisch, Karpen,
 Cablian, Zander,
 grüne Heringe.

Freich eingetroffen:
 verschiedene Mädelwaren,
 Fisch- und Gemüse-Conserven,
 Apfelsinen, Citronen, Feigen, Datteln,
 Fische Bücklinge 90 Pf.

W. Krämer.

**Metall-
 u. Kautschukstempel**



Heinr. Hessler,
 Oberbreitestrasse 15 a
 und Oelgrube 5.

Ausgelämmtes Damen-Haar

kauft **E. Menzel's Wittwe,**
 Entenplan Nr. 2.

Natürliche Bienen, Kloben, Epe

rationen, **Weigand, Markt 4.**
 Erreichstunden 9-1 und 3-5 Uhr.

Kautschuk-Stempel

zum Entwerten der Versicherungs-
 merkmale empfiehlt billigst
H. Hessler, Oberbreitestrasse 15 a.

**Vanillepuddingbäck,
 Makronenpuddingbäck,
 Nährzwieback**

empfehle **Robert Heyne.**

**Böllberger
 Weizen- u. Roggenmehl,**

so wie alle Futterartikel zu Mühlenpreisen,
Reinh. Ziesche, Hofmarkt 10.

Sophas,

Sehr u. Schlafstühle,
 bestische mit Matrize
 v. 37 1/2 Mk. an, die
 feinsten Plüsch-Möbel.
**Sophas v. 108 Mk. an, bei
 Otto Bernhardt.**

**Für Magenleidende.
 Kaiser's
 Pfeffermünz-Caramellen.**

bewahrt und von hohem Werthe bei
**Appetitlosigkeit, Schlaflosm., verhorbe-
 nen Magen u. Magensch.** Zu haben in
 Pack. à 25 Pf. bei **Otto Classe, Schmal-
 straße 26, F. W. Tünzer, Neumarkt.**

Vertikellen

in Abbildung,
 hart, in Holz, m.
 gut gearbeiteter
 Sprungfeder
 matratze f. 24 Mk.
 liefert **M. Groth, Tabacsticker, Leipzig, Posten-
 dorferstr. v. Garantie für größte Dauerhaftigkeit**
 Preis 75 Pf. an, die
 Matrizen nach Maß 16 Mk.

R. Schmidt,

Seitenbeutel 2,
 empfiehlt alle Sorten
Schuh- und Stiefelwaaren.
 Bestellungen nach Maß.

Caffee,

gebrannt à Pfund Mark 1.40, hochfein
 im Geschmack, empfiehlt
A. B. Sauerbrey.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes.

Noch vorhandene Bestände von:
Ballecharpes, Balltüchern, Ballstoffen,
Atlassen und Sammeten zur Maskengarderobe
 werden erheblich unterm Einkaufspreise abgegeben.

Bedeutende Preisermässigung
 für die gesammten Lagerbestände.

J. Schönlicht, Merseburg.

En gros.

En detail.

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Juventur- und Nester-Ausverkauf
 mit bedeutender Preisermässigung für alle Artikel.

Ganz besonders weit unter Herstellungspreisen:
 Große Bestände in **Damen- und Kinder-Confection**, sowie 1 Posten
 nur bester eleganter **Herren- und Knaben-Winter-Paletots**.

Echte Hamburger Lederhosen
 in der Lederhandlung
kl. Ritterstrasse 13.

Mäusepillen, Giftweizen,
Rattengift versendet
 Ernst Jentsch, Halle a/S.

Restaurant
Hospitalgarten.
 Morgen Donnerstag
Schlachtfest.

Schöneberg's Restauration.
 Heute Mittwoch Salzknochen.

H. Nämmer's Restauration.
 Morgen Donnerstag
Schlachtfest.

Hollschuh-Club.
 Heute Abend Uebungsstunde.

4-6 Arbeiter auf Räder,
 2 " " " " " " " " " " " "
 1 " " " " " " " " " " " "
 fuchen **P. Reichelt & Co.**

Gesucht wird zum sofortigen Eintritt ein
Hansburische.
 Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gingef. Vertreter
 f. Bedarfart. d. Materialia. Branche,
 f. welsch. inwärtig w. ind. a. hohe Prov.
H. Zschökel, Leipzig-Neuschkegig.

Gesellen-Gesuch.
 Ein jungerer Schmiedegeselle
 wird sofort gesucht von
 Schmiedemeister **A. Schmidt,**
Corbeia bei Zeltz a/S.

Ein älteres Mädchen oder unabhängige
 Frau sucht per 15. Februar zur Aufwartung
Weissenfeller Straße 7.



Das feinste, englische, **Silberstahl-Nachmesser**
 hohlgelochene
 verleihe mit **Garantie à Wt. 2.15.** Dasselbe nimmt den
 härtesten Vert mit Leichtigkeit. Unanfsch inner 8 Tagen
 gestattet. Glattige Abzieher Wt. 2.15. (H. 2380 Q.)
Albert Mischur, Markt 13, Merseburg.



Einladung zum Abonnement

auf die
Großfolio-
Jusgabe

von
„Aeber Sand und Meer“
 Welche Hülle des monatlichigen, Herz
 und Geist befriedigenden Unterhaltungs-
 stoffs, welchen reichen, künstlerischen Bilders-
 formen, Aeber Sand und Meer bringt, ist
 zur Genüge bekannt. Was dem Inhalt des
 neuen Jahrgangs ist vor allem hervor-
 gehoben die herrliche

Korrespondenz

des
Generalfeldmarschalls Molke
 mit seiner Frau und Frau, die als eine
 Gabe von hervorragendem Wert für die
 ganze deutsche Nation bezeichnet werden
 darf.

Alle 8 Tage
 erscheint eine Nummer,
 welche viertheilig ist
 à 2 Pf.

Alle 14 Tage
 erscheint ein Heft
 zum Preis von
 50 Pfennig.

Probe-Heft zur Ansicht
 frei ins Haus von jeder Auszahlung.

Abonnements-
 in allen Buchhandlungen, Journal Expedi-
 tionen und Postämtern.

Eine unabhängige Frau oder Mädchen wird
 zur **Aufwartung** sofort gesucht
an der weißen Mauer 9, 1 Tr.

Eine eheliche und zuverlässige Aufwartung
 wird gesucht. Zu erfragen von 3 bis 4 Uhr.
Bahnhofstraße 5, 1 Trepp.

Am 1. April wird ein
anständiges Dienstmädchen
 gesucht
Burgstraße 5 1.

Musik-Lehrlinge
 werden unter günstigen Bedingungen Eltern
 noch eingestellt. Da meine Brüder Militär-
 Capellmeister sind, kann ich später gute Militär-
 Stellen verschaffen.
Wiegeln, Friedemann,
Sindmuffel-Str.

Wo waren Montag Abend die Schweizer
 Gürtel-Ringkämpfer?
 Musst war zur Stelle.
Mehrer, die den Flug über das
Billard sehen wollten, G. R.

Am Samstag Abend wurden in der Klasse
 od. Unteraltung 2 **Säcken verloren**. Dies-
 selben sind gegen Belohnung bei Herrn Kauf-
 mann **Teichmann** abzugeben.

Am Freitag wurde ein hell- u. dunkelbraun
 gestreiftes **Taschentuch** von der Galleischen Str.
 bis Bahnhof **verloren**. Abzugeben
Galleische Straße 33.

Zur gef. Beachtung.
 Unsere geehrten Geschäftsfreunde machen
 wir höf. darauf aufmerksam, das **Zu-
 ferate** für die am Morgen erscheinende
 Nr. des **„Merseburger Corresponden-
 dent“** spätestens Tags vorher bis
12 Uhr mittags

in unserer Expedition aufgegeben werden
 müssen. Andernfalls ist die Aufnahme
 in die nächste Nr. des „Correspondent“
 nicht mit Sicherheit zu erwarten, da die
 rechtzeitige Fertigstellung des Blattes
 durch zu spät einlaufende Inseratfragen
 nicht in Frage gestellt werden darf.

Abendblatt
 die Expedition
 des **„Merseb. Correspondent“.**

Dieszu eine Beilage.



Maskenball.

Der Gesang-Verein „**Germania**“
 hält Sonntag den **21. Februar 1892**, von abends
6 1/2 Uhr an, in den festlich decorierten Räumen der **Kaiser**
Wilhelms-Halle seinen Maskenball ab, woran auch Nicht-
 Mitglieder theilnehmen können.

Einlasskarten, für Masken à 75 Pf., für Zu-
 schauer à 50 Pf., sind im Vorverkauf zu haben bei den Herren: **Kaufmann**
Hennicke, Bahnhofsstr., **Otto Dauer**, Neumarkt 61, **Julius Trommer**,
 Unteraltung 8, **Bruno Hoffmann**, Markt 28, **Eduard Hoffmann**,
 Johannis- und Egidien-Gate, sowie bei Herrn **Haase**, Egidienberg 17.

An der Abendkasse: Masken 1 M., Zuschauer 60 Pf.
NB. Für gediegene Aufführungen ist bestens gesorgt.
Der Vorstand.

Provinz und Umgegend.

Am königl. Landgericht zu Halle begann am Montag das erste diesjährige Schwurgericht. Die erste Sache, vorläufige Brandstiftung betreffend, endete mit Verurteilung des als Thäter überführten 47-jährigen Schmiedegesellen Gustav Wenzlich aus Döhrsen zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust nebst Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Fall betraf einen am Abend des 3. October v. J. erfolgten Diebstahl in Wörmitzer Hüt. — Ferner wurde der 21 1/2-jährige Arbeiter Treumer hier, ein vielfach wegen Diebstahls und einmaligen Raubes bestraffter Mensch, wegen Straßenraubes zu 5 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen wie der vorige Angeklagte verurtheilt. Dieser Fall betraf einen Vorgang vom 2. Oct. v. J. in der Dörschenerstraße, bei dem einem 13-jährigen Mädchen ein Einmarfstück geraubt worden war.

Ein in Wierbach bedienstetes Mädchen geriet vor einigen Tagen über einen mit Mäusen gefüllten Kasten und es davon eine ganze Hand voll, durch den süßen Geschmack der Mäusen verleitet. Das bedauernde Mädchen mußte diese Unvorsichtigkeit schwer büßen, denn es erkrankte sehr heftig und ist am Donnerstag an den Folgen der Vergiftung gestorben.

Ueber die Verhältnisse des Raumburger Bankvereins schreibt heute das dortige Kreisbl.: Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind die Arbeiten zur Klarstellung der Verhältnisse beim Bankverein soweit vorgeschritten, daß schon in den nächsten Tagen ein Ueberblick über den Stand der Sache möglich ist und eine öffentliche Erklärung des Aufsichtsraths in naher Aussicht steht. Es findet heute eine Besichtigung der gesammten Bergwerks- und Eisenbahnanlagen der schon mehrfach erwähnten Unternehmens-Firma statt, an welcher auch ein mit der Sache vertrauter Sachverständiger teilnehmen wird. Von dem Ergebnisse dieser Besichtigung werden auch die Beschlüsse abhängen, welche der Aufsichtsrath betr. Fortführung der Gesellschaft zu fassen hat. — Wenn von dem vorerwähnten Hauptschuldner und einer weiteren größeren Forderung an eine Berliner Export-Firma zunächst abgesehen wird, sind die übrigen Ausstände des Bankvereins durchweg gut und zum großen Theil als genügend gedeckt zu betrachten. Der in dem unglücklichsten Falle an diesen Ausständen zu erleidende Verlust wird durch die Hälfte des 1891 erzielten Geschäftsgewinnes seine Deckung finden. Bezüglich der Forderung an die Berliner Firma ist zu erwähnen, daß energische Bestrebungen im Gange sind, durch Umtauschung von Verwandten einen ausnehmend annehmbaren Accord zu Stande zu bringen. Ueber die Bestimmung des Hauptschuldners, welche aus umfangreichem und jedenfalls sehr werthvollem Bergwerks-Betrieb und einer seit 12 Jahren im Betriebe befindlichen, bisher sehr lukrativ gelaufenen Eisenbahn von circa 9 km Länge bestehen, hoffen wir in den nächsten Tagen genauer Mittheilungen bringen zu können. Nach der jetzt zu übersehenden Lage der Verhältnisse darf an die Hoffnung festgehalten werden, daß es gelingen werde, den Bankverein zu erhalten und die Gläubiger zu befriedigen, falls diese den dargelegten Umständen Rechnung tragen und den erforderlichen Ausstand gewähren.

Vor einigen Tagen wurde, wie die S. Jg. meldet, ein Gastwirth in Dörsch von einem Schwindler auf folgende Art betrogen. Der Fremde kam mit einem feinen Musik-Album in die Gaststube des erstern, spielte dort mehrere Musikstücke und richtete schließlich an den Wirth die Bitte, ihm auf das Musik-Album 30 Mk. zu leihen. Der Wirth kam diesem Ersuchen nach und während er das Geld bot, nahm der Schwindler das Album aus dem Album heraus und übergab dem Wirth bei Empfangnahme des Geldes das leere Album. Dieser trug dasselbe nicht achtend in seine Privatwohnung und entdeckte erst am nächsten Tage den Betrag. Der Schwindler ist verschwunden.

Der höchste Fabrikdirector Dr. Gustav Tiemann, bisher in Gommern, wird wegen Unterschlagung hiebsüchsig verfolgt.

Aus Gera schreibt man der S. Jg.: Es ist immerhin interessant, die Ideen, welche unsere Sozialdemokraten im Gemeinderathe zum Vorschein bringen, zu verfolgen. In der letzten Sitzung des Gemeinderathes handelte es sich u. a. um die Anstellung eines Expedienten für das städtische Tiefbauamt. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Sozialistenführer Rödiger im Namen seiner Genossen, sie würden so lange gegen jede Neuanstellung eines Rathbaubeamten stimmen, so lange diese Beamten nicht täglich 13 — dreizehn — Stunden arbeiten. Dem braucht wohl nichts hinzugefügt zu werden.

Für die anhaltischen Viehmärkte ist wegen der großen Ausbreitung, welche die Maul- und Klauenseuche in Anhalt genommen, bis auf Weiteres

der Auftrieb von Rindvieh und Schweinen verboten.

Auf Veranlassung ihres eigenen Sohnes wurden am 4. v. M. in Staßfurt die B. J. Eheliche Eheleute verhaftet. Der 16-jährige Sohn, der bei einem Bäcker in der Lehre ist, soll von den Eltern wiederholt aufgefordert sein, Diebstähle auszuführen, namentlich an Gewändern. Der Sohn, der nebenbei bemerkt in einem Waisenhanse aufgezogen ist, widersetzte sich dem, und als er deswegen schlecht behandelt wurde, ja sogar bestrast, ging er auf die Polizei und meldete dies wie auch die öfteren Diebstähle der Eltern. Man fand in der Wohnung verschiedene gestohlene Sachen, Sacke u., auch Dietriche. Daraus sind wurden die faulernen Eltern abgeführt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 10. Februar 1892.

Die Ziehung der 2. Klasse der 186. königl. preussischen Klassenlotterie findet am 23., 24. und 25. Februar statt. Die Erneuerung der Loose für dieser Klasse muß bis zum 19. Februar, abends 6 Uhr, geschehen. In dieser Ziehung kommen 10 000 Gewinne zur Verlosung, darunter ein Hauptgewinn von 45 000 Mark.

Der am letzten Montag in der „Huntenburg“, abgehaltene Familienabend des Dom-Männer-Vereins erfreute sich trotz der unangünstigen Witterung eines recht zahlreichen Besuchs. Das Programm bot auch diesmal nach einer herzlich begrüßenden Rede des Herrn Diaconus Bichorn eine vortheilhafte Auswahl musikalischer Nummern, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. In dem Hauptvortrage des Abends spendete Herr Superintendent Professor Marius unter dem Titel „Erinnerungen aus Holland“ eine Reihe feiner Bilder aus dem Haag, die das religiöse und kirchliche Leben der niederländischen Bevölkerung, wie auch einzelne hervorragende Leistungen auf diesem Gebiete ebenso interessant als eingehend zur Darstellung brachten. Mit einem gemeinschaftlichen Gesange fand der Familienabend gegen 11 Uhr seinen Abschluß.

Die Festiger offener Geschäfte machen wir darauf aufmerksam, daß mehrere in den letzten Tagen hier vorgekommene Ladendiebstähle es gerathen erscheinen lassen, die Localitäten etwas schärfer als gewöhnlich zu überwachen. Hoffentlich gelingt es auf diese Art, den Spitzbuben auf frischer That zu ertappen und der Polizei zuzuführen.

Nach einer Befragung des Herrn Regierungspräsidenten findet die staatsrechtlich angeordnete Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes im II. Quartal 1892 statt und zwar in Merseburg am 14. April, in Gielesden am 10. Mai, in Wittenberg am 17. Juni, in Herzberg am 1. Juni.

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat bestimmt, daß in denjenigen voransichtlich selten vorkommenden Fällen, in denen einem Versicherten eine Duitungs-karte fehlt, weil sein Arbeitgeber die bisherige noch verwendbare Duitungs-karte widerrechtlich einbehalten hat, gemäß § 103 des Gesetzes eine neue Karte mit neuer Nummer auszustellen ist. Die Ausgabestelle hat gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die ältere einbehaltene Duitungs-karte auf Grund des § 108 Absatz 3 des Gesetzes durch Vermittelung der zuständigen Polizeibehörde dem Arbeitgeber abgenommen und ihr übergeben, gegen den schuldigen Arbeitgeber aber das Strafverfahren gemäß § 148 Ziffer 3 eingeleitet wird. Sobald die abgenommene ältere Karte der Ausgabestelle zugeht, ist dieselbe wie eine zum Umtausch eingereichte Karte zu behandeln, also aufzurechnen und gemäß Ziffer 29 der Anweisung vom 17. October 1890 der Versicherungsanstalt zuzuführen.

Der Strafsenat des Kammergerichts fällt dieser Tage eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung, wonach Lehrverträge als Kaufverträge anzusehen seien. Diese Entscheidung ist um so wichtiger, als sie die erste dieser Art an maßgebender Stelle ist und viele bisherige Rechtsanschauungen über diesen Gegenstand über den Haufen wirft. Sie interessiert namentlich Maschinenfabrikanten, Möbelfabrikanten und nicht zum wenigsten aber auch die „kleinen Leute“.

Bisher wurde bei Abfassung schriftlicher Lehrverträge eine Stempelabgabe von 50 Pfennigen, bezüglich 1 Mark erhoben. Dies ist, wie wir schon erwähnten, nach der Novelle zur deutschen Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 nunmehr geändert. Darnach, um die Stempelabgabe zu sparen, die Contractanten es häufig unterlassen, schriftliche Verträge zu schließen, zur Wahrung der beiderseitigen Interessen die schriftliche Abfassung der Lehrverträge jedoch dringend wünschenswerth ist, so hat das neue Abänderungs-gesetz. Ergänzungs-gesetz zur Gewerbeordnung vorgeschrieben, daß in Zukunft die schriftlichen Lehrverträge stempelfrei sein sollen. Man hofft durch diese An-

ordnung die Abfassung schriftlicher Lehrverträge zu fördern. Im Uebrigen wird bemerkt, daß die Bestimmung im § 128 der Gewerbeordnung am 1. April d. J. in Kraft tritt.

Eine Schwindelerei, die in ihrer Art Anspruch auf Neuheit machen kann, ist von einem früheren Lehrer M. Felgentreu von Bremen aus in Scene gesetzt. Felgentreu verwalte als Eul-amts-candidat die Lehrereisen in Jülchen bei Lügen, wurde aber von der königlichen Regierung hier selbst aus seinem Amte entlassen, da er wiederholt das Staatsexamen zur definitiven Anstellung nicht bestanden hatte. D. R.) Derselbe hat durch die Möller'sche Gartenbauzeitung und Vererbung zahlreicher Prospekte bekannt gemacht, daß vom 24. Februar bis 12. März in Bremen eine internationale Ausstellung für Hygiene, Sport und Kunstindustrie stattfinden werde, und zur Theilnahme an der Ausstellung aufgefordert, hat auch Anmeldungen und Geld zur Beschaffung von Plätzen entgegen genommen. Da den Bremer Behörden von einer solchen Ausstellung nichts bekannt geworden war, sah sich die Polizei die Sache genauer an und war im Begriff, den Ausstellungs-Berichterstatter F. festzunehmen. Derselbe wußte sich aber der Festnahme durch rechtzeitige Flucht zu entziehen, wurde aber vor einigen Tagen in Berlin verhaftet. Es ist zweifellos, daß der Genannte weiter nichts beabsichtigt hat, als sich auf betrügerische Weise in den Besitz von Geldmitteln zu setzen. Man kann annehmen, daß auch Gewerbetreibende aus hiesiger Gegend durch die falschen Vorpostelungen des Mannes benachtheiligt worden sind; etwaige Geschädigte werden ersucht, der betreffenden Behörde Mittheilung zu machen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, den 8. Februar 1892. Die Versammlung tritt sofort nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Stadt. Prof. Dr. Witte, in die Tagesordnung ein.

Der erste Punkt betrifft die Festsetzung der Bedingungen für die Wahl eines besoldeten Stadtraths. Nach den Mittheilungen des Vorsitzenden ist in diesen Bedingungen das Gehalt des neuen Stadtraths auf jährlich 3000 Mark bemessen. Außerdem wird bestimmt, daß die Uebernahme von Nebenämtern seitens desselben mit Ausnahme der Amtsanzwalterschaft von der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung abhängig ist, daß der zu Wählende sich der Pensions- u. Anhalt der Provinz Sachsen anschließen muß und daß, falls die Wahl auf den jetzt zur Probendienleistung angestellten Professor Puzer fällt, dessen Dienztitel vom 1. Oct. 1891 an gerechnet werden soll. Diese Bedingungen werden ohne Discussion einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt betrifft die Wahl eines besoldeten Stadtraths. Derselbe erfolgt durch Stimmzettel. Es werden, da der Stadt. Wölfel entschuldigt fehlt, 26 Stimmzettel abgegeben, welche sämmtlich auf den Namen des Professor Puzer aus Königsberg lauten. Derselbe ist somit einstimmig und zwar nach den Bestimmungen der Stadtordnung auf 12 Jahre gewählt.

Ueber Punkt 3, betr. die Festsetzung der Stadtbauemeisterstelle, referirt der Stadt. Vöber. Nach den Ausführungen desselben hat sich die Wahlcommission in Uebereinstimmung mit dem Magistrat dafür entschieden, die Stelle wieder mit einem praktisch und theoretisch vorgebildeten Baumeister zu besetzen. Von der Anstellung eines akademisch gebildeten Baumeisters, der als Mitglied des Magistrats fungiren müßte, ist mit Rücksicht auf den Stadtsäckel und auch deshalb abgesehen worden, weil ein solcher bei den der Stadt bevorstehenden Hoch- und Tiefbauten auch nicht für alle Fälle genügen würde. Referent verliest nunmehr die festgesetzten Bedingungen, nach denen der neue Stadtbauemeister als Gemeindebeamter mit 2400 Mk. Gehalt angestellt und zur Theilnahme an der Pensions- u. Anhalt der Provinz Sachsen verpflichtet werden soll. Die Bedingungen werden einstimmig angenommen.

Punkt 4 betrifft die Festsetzung des Kammer-Stats für 1892/93. Derselbe schließt ab in Ausgabe und Einnahme mit 355 300 Mk., 12 300 Mk. mehr als im Vorjahre. Ein Antrag der Budget-commission, die Verpachtung des städtischen Feldplanes zwischen dem Mulanderslage und der Eisenbahn künftighin durch mehrjährige, direct mit den Pächtern abzuschließende Verträge zu sichern, wird, nachdem Stadtrath Eichhorn und Bürgermeister Meinerth warm für das selbstergeübte abgefertigte Verfahren eingetreten, abgelehnt. Dagegen gelangt der Antrag der Statscommission, den jetzigen Communalsteuerzuschlag von 140 Prozent mit Rücksicht auf die noch nicht zu überschenden Ergebnisse der neuen Steuererhebung nur vorberathlich zu genehmigen, sowie der wie oben festgesetzte Etat selbst zur Annahme.

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrobe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 29.

Mittwoch den 10. Februar.

1892.

Ans der Volksschulgesetz- Commission.

Schon die erste Sitzung der Commission des Abg. Hauses für das Volksschulgesetz hat den Beweis geliefert, daß Centrum und Konservative trotz aller sonstigen Gemeinsamkeit der Auffassung auf dem Gebiete des Volksschulwesens verschiedene Ziele anstreben. Zu § 1 der Vorlage, der die Aufgabe der öffentlichen Volksschule bezieht, hatte der Abg. Ridter den Antrag gestellt, der landrechtlichen Auffassung, daß die Volksschule eine Veranstaltung des Staates ist, und daß dieselbe unter der Aufsicht des Staates steht, vorab Ausdruck zu geben: da, wie er motivierend bemerkte, er fürchte, daß Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen würden, welche mit dieser Auffassung im Widerspruch ständen. Der Cultusminister hielt eine solche Bestimmung für selbstverständlich. Die Konservativen hatten gegen den Antrag nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß hier unter Volksschule die öffentliche Volksschule zu verstehen sei. Auch die Freikonservativen und Nationalliberalen traten dem Antrage bei. Die Mitglieder des Centrums aber erklärten denselben für unannehmbar, weil, wie Abg. Cramerius meinte, sie in der Volksschule eine Veranstaltung der Kirche sehen möchten. Abg. Borch meinte sogar, die Aufnahme dieser landrechtlichen Auffassung in das Gesetz widerspreche der Verfassung. Freiherr v. Huene bedauerte wiederholt, daß die Konservativen in diesem Punkte das Centrum im Stich ließen; worauf, wie es schien, der Konservative Barfels dem Centrum das Zugeständnis machte, die Konservativen behielten sich für die 2. Lesung des Gesetzes ihre Abstimmung über den Antrag Ridter vor und würden dann gegen denselben stimmen, wenn sich inzwischen herausstellte, daß aus demselben weitgehende Consequenzen gezogen würden. Nach 5 1/2 stündiger Debatte wurde § 1 der Vorlage in folgender Fassung angenommen: „Die öffentliche Volksschule ist eine Veranstaltung des Staates und steht unter seiner Aufsicht. Die Aufgabe der Volksschule ist die religiöse, sittliche und vaterländische Erziehung der Jugend“ u. s. w. (wie in der Vorlage). Mit Nein stimmten Centrum und Polen. — Von großer, im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen über das Volksschulgesetz geradezu kritische Bedeutung waren die Erörterungen über den Antrag von dem Abg. Hohrecht angeregt, von dem Abg. Ridter, Birchow, den Nationalliberalen Friedberg, Cramerius, Grimm, Schaffrich, den Freikonservativen v. Jellisch, Wesfel unterstützt, von einem allgemeinen Unterrichtsgesetz abzugeben und das Gesetz auf die Regelung der Schulunterhaltungsspflicht und die äußeren Verhältnisse der Lehrer zu beschränken. Abg. v. Jellisch wies auch darauf hin, daß das Abg. Haus wiederholt die Vorlegung eines Dotationsgesetzes gefordert und daß, wie erinnerlich, Minister von Gopler dem Hause schon einmal das Amendement, welches diese Vorlage enthält, von Weitem gezeigt habe. Der Cultusminister mußte zwar zugeden, daß die Regelung der Dotationsfrage allein technisch möglich sei, aber das sei nicht richtig. Die Dotationsfrage im Anschlus an das Communalprinzip präjudiziere der confessionellen Schule! Der Minister gebedete sich, als könne er nicht länger die Verantwortlichkeit tragen für einen Zustand, wo das „weisse Kreuzchen des Ministers“ allein entscheidend sei; in einem „Rechtsstaat“ (sic!) müsse dem sobald als möglich ein Ende gemacht werden. Abg. Ridter antwortete darauf mit der Frage, ob nach dem Zustandekommen des Gesetzes das „weisse Kreuzchen“ des Ministers bezüglich der inneren Einrichtung der Schule eben so maßgebend sein würde, wie bisher? Ferner fragte er, und damit traf er offenbar einen für den Minister sehr empfindlichen Punkt, ob der Minister nach der Annahme des Gesetzes nicht dazu schreiten könne oder würde, die Bestimmungen der Rall'schen Regulative zu beseitigen und die Etich'schen wieder herzustellen? Auf die erste Frage erwiderte der Minister nur, daß

das Gesetz lasse einer weitreichenden Mitwirkung der Gemeinden Raum. Auch bezüglich der Rall'schen Regulative lautete die Antwort ausweichend. Der Minister will die von dem Abg. Ridter zu § 6 angebrachten Anträge, welche die Grundzüge der Rall'schen Regulative in das Gesetz einfügen sollen, erst abwarten, ehe er sich über die Frage äußert. Abg. Ridter sprach auch das Verlangen aus, daß der Commission die im übrigen Deutschland bestehenden Schulgesetze vorgelegt würden — was der Minister zugibt — und ferner, daß die Ministerialrescripte zur Klarstellung der angeblich in der Vorlage codificirten Verwaltungspraxis bezüglich des Religionsunterrichts — auch die in der Sammlung von Schneider und von Bremen nicht enthaltenen — der Commission vorgelegt würden; was der Minister ablehnt, weil es zu „schwierig“ und zu zeitraubend sein würde. Bezüglich des Religionsunterrichts der Dissidenten erklärte Geh. Rath v. Bremen, die Praxis, wie sie in dem letzten Rescript des Ministers angeordnet sei, entspreche derjenigen der letzten 40 Jahre mit Ausnahme des Anfangs der 70er Jahre, d. h. der Ministerialrescripte des Herrn Dr. Falk! Bemerkenswerth war, daß der Abg. Dr. Friedberg im Laufe der Verhandlung seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß er eine Verständigung mit den Konservativen über das Gesetz nicht mehr für möglich halte und daß er gerade deshalb die Vorlage auf ein Dotationsgesetz beschränkt sehen möchte. Im Uebrigen



Land und an Prof. aus.
am Freitag der 9. Februar. Der Kaiser arbeitet gestern Vormittag mit dem Chef des Civilkabinetts, horte den Marine-Vortrag, empfing den Bildhauer Schott, welcher das Modell der Kreuzer-Gordette „Kaiserin Augusta“ vorzeigte, und erbat die Grafen Santa Rosa, Schwelgerjohn des Grafen de Launay, Audienz. — Die Kaiserin erbat die Ober-Kirchenrathes Dr. Barthausen und dem Grafen Jiten-Schwein Audienz. — Die Kaiserin Friedrich besuchte am Sonntag das Atelier des Bildhauers Prof. Vegas, um den Sarkophag Kaiser Friedrichs zu besichtigen, welcher nach seiner Fertigstellung nunmehr nach Potsdam überführt werden soll. Gestern Mittag hatten der frühere und der neu ernannte sächsische Gesandte Audienz. — Prinz Friedrich Leopold hütet noch das Zimmer. — Am Sonntag fand die Familienfeier bei der Prinzessin Friedrich Karl statt. An derselben nahmen auch der Kaiser, die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Heinrich und der Erzogroßherzog von Baden, im Ganzen 15 Personen, theil.
— Aus der Schrift von Professor Felix Dahn gegen den Volksschulgesetzentwurf haben wir folgende Stellen hervor: „Vertheidigen wir uns: aber so nachdrücklich, wie Anno 70 die Deutschen im Wege der Vertheidigung von Venedig über Sedan und Paris an den Kanal gelangt sind; dann wird sich zeigen — nicht wir wollen dahin bringen! — ob die deutsche Bildung heute noch auf dem alten Testament, dem athenaisianischen Glaubensbekenntnis, Luther's Taufels-glauben, Calvins Chanaanaustrahl und Verbestimmung, dem Tridentinischen Konzil, dem Sykabus und den beiden jüngsten Dogmen beruht, oder auf Lessing, Kant, Schiller, Goethe und Darwin (ja wohl, auch auf Darwin!). Aber lange bevor dieser Streit zu Ende wäre, würde der Sozialdemokrat jedes Ministerium, jede Kirche und alle Wirthschaft in den Roth äußerster Barbarei getreten haben. Darum wollen wir drüben und hüben, lieber die Schwärze in den Scheiten lassen: wir „Aberleuten“ haben nicht nicht an das Heft gegriffen. Man trübe uns nicht — den „Königsfrieden“ Friedrichs des Großen!“
Dahn erhebt auch Einspruch gegen das heute wieder

einem Defizit von ca. 1 1/2 Million Pesetas ab. Zur Beseitigung desselben sollen u. a. die Kosten für das Beamtenpersonal in der Civilverwaltung nach drei Monaten um 10 Prozent verringert werden. Unter den neuen Steuern befindet sich eine Steuer auf ausländischen, inländischen und Colonial-Zucker, ferner eine einprozentige Steuer auf Zahlungen seitens der öffentlichen Kassen, ausgenommen auf Zahlungen an ausländische Gläubiger. Die letztere Steuer soll sich jedoch nicht auf Zinsen der auswärtigen Schuld erstrecken.

Zur Regelung der portugiesischen Finanzen hat, wie verschiedene Blätter melden, zwischen der deutschen und der portugiesischen Regierung in letzter Zeit zur Wahrung der deutschen Finanz- und Handelsinteressen ein reger Schriftwechsel stattgefunden. Die portugiesische Regierung wird einen hohen Finanzbeamten in außerordentlicher Mission nach Berlin senden.

Zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika hat nach einem Telegramm aus Washington Staatssekretär Blaine in einem Schreiben an den Präsidenten des republikanischen Nationalcomitees die Erklärung gerichtet, daß er um die Präsidentschaft nicht kandidire.

In Argentinien sind nach einem Telegramm aus Buenos-Ayres die Wahlen zum Congresse zu Gumnien der Partei ausgefallen, welche eine Vermittelung zwischen den Generalen Mitre und Rocca wünscht. Bei den Wahlen fanden mehrfach Ausschreitungen statt, wobei mehrere Personen getödtet oder verwundet wurden.

Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Der Kaiser arbeitet gestern Vormittag mit dem Chef des Civilkabinetts, horte den Marine-Vortrag, empfing den Bildhauer Schott, welcher das Modell der Kreuzer-Gordette „Kaiserin Augusta“ vorzeigte, und erbat die Grafen Santa Rosa, Schwelgerjohn des Grafen de Launay, Audienz. — Die Kaiserin erbat die Ober-Kirchenrathes Dr. Barthausen und dem Grafen Jiten-Schwein Audienz. — Die Kaiserin Friedrich besuchte am Sonntag das Atelier des Bildhauers Prof. Vegas, um den Sarkophag Kaiser Friedrichs zu besichtigen, welcher nach seiner Fertigstellung nunmehr nach Potsdam überführt werden soll. Gestern Mittag hatten der frühere und der neu ernannte sächsische Gesandte Audienz. — Prinz Friedrich Leopold hütet noch das Zimmer. — Am Sonntag fand die Familienfeier bei der Prinzessin Friedrich Karl statt. An derselben nahmen auch der Kaiser, die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Heinrich und der Erzogroßherzog von Baden, im Ganzen 15 Personen, theil.

— Aus der Schrift von Professor Felix Dahn gegen den Volksschulgesetzentwurf haben wir folgende Stellen hervor: „Vertheidigen wir uns: aber so nachdrücklich, wie Anno 70 die Deutschen im Wege der Vertheidigung von Venedig über Sedan und Paris an den Kanal gelangt sind; dann wird sich zeigen — nicht wir wollen dahin bringen! — ob die deutsche Bildung heute noch auf dem alten Testament, dem athenaisianischen Glaubensbekenntnis, Luther's Taufels-glauben, Calvins Chanaanaustrahl und Verbestimmung, dem Tridentinischen Konzil, dem Sykabus und den beiden jüngsten Dogmen beruht, oder auf Lessing, Kant, Schiller, Goethe und Darwin (ja wohl, auch auf Darwin!). Aber lange bevor dieser Streit zu Ende wäre, würde der Sozialdemokrat jedes Ministerium, jede Kirche und alle Wirthschaft in den Roth äußerster Barbarei getreten haben. Darum wollen wir drüben und hüben, lieber die Schwärze in den Scheiten lassen: wir „Aberleuten“ haben nicht nicht an das Heft gegriffen. Man trübe uns nicht — den „Königsfrieden“ Friedrichs des Großen!“
Dahn erhebt auch Einspruch gegen das heute wieder